

Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrter Herr Ostermayer!
Sehr geehrter Herr Kurz!

Ich sehe im neuem Islamgesetz eine klare Ungleichbehandlung der Muslime gegenüber anderen Bürgern und Glaubensgemeinschaften.

Ich kenne seit 11 Jahren die Muslimische Jugend Österreich, habe auch bei einigen Veranstaltungen Teil genommen, wo Politiker von der ÖVP, SPÖ und der Grünen eingeladen wurden und sehe, dass sehr wohl auf den gemeinsamen Dialog und das Miteinander Wert gelegt wird. Vor allem bemüht sich diese Jugend Organisation seit 20 Jahren um verschiedene Projekte zum Thema Partizipation, Gewaltprävention und Bildung.

In Österreich leben derzeit Jugendliche, die 30 Prozent der österreichischen Gesellschaft ausmachen, die sehr wohl sich mit dem Land Österreich identifizieren, weil sie hier geboren und aufgewachsen sind. Das Wort "Integration" passt nicht mehr zu ihrem Profil, sondern vielmehr ist es das Wort PARTIZIPATION.

Mit Partizipation meine ich, sich als Österreicher an die Gesellschaft AKTIV mitzubeteiligen und jegliche Form von Radikalisierung und Extremismus ABZULEHNEN.

Mit diesem neuem Islam Gesetz wird erst Recht einen Unterschied zwischen Muslimen und der restlichen Bevölkerung in Österreich gemacht. Und das Schlimme dabei ist, dass sich die Muslime als sogenannte Bürger "zweiter Klasse" damit sehen, was der österreichischen und europäischen Verfassung sehr klar und stark widerspricht.

Es leben in Österreich über 600.000 Muslime, die sich sicher nicht dem "Extremen und Fanatikern" zugehörig fühlen.

Was mich noch im neuem Islam Gesetz stört, ist die ungleiche Behandlung von den Muslimischen Vereinen und den Glaubensgemeinschaften gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften anderer Religionen wie zB:

Die Russisch-Orthodoxe Kirche in Wien etwa finanziert ihre Priester nicht selbst. Andreas Latzenhofer, Kassier der Russisch-Orthodoxen Gemeinde in Wien, erklärte vergangene Woche auf profil-Anfrage, die Gehälter der Seelsorger würden "direkt aus Moskau" bezahlt und viele andere solcher Beispiele gibt es auch in anderen Glaubensgemeinschaften.

Warum finden sich in den anderen Glaubensgemeinschaften auch keine Beschränkungen bezüglich der Finanzierung aus dem Ausland? Warum gilt diese Einschränkung nur für die islamischen Glaubensgemeinschaften und Vereine in Österreich?

Die nächste Frage, die ich für mich stelle:

Warum muss ich mich als österreichischer Muslim für die unverzeihlichen und menschen-rechts- widrigen Zustände aus dem Ausland verantwortlich machen oder mich recht fertigen?

Ich möchte nicht als Österreicherin, nur weil ich mich für den Islam als Religion entschieden habe, unter Generalverdacht stehen, Verbindungen zu irgendwelchen Terror Netzwerken zu haben.

Bitte überdenken sie dieses Gesetz noch einmal bzw. bitte setzen sie sich aktiv und gemeinsam mit der offiziellen Vertretung der Muslime, nämlich der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich in Verbindung und besprechen sie bitte nochmals jeden Paragrafen dieses den gegenüber den Muslimen ungleiche und menschenunwürdige Gesetz.

Mit freundlichen Grüßen

Sarah Zaki